

# LinksRutsch

## Zeitung der LINKEN im Kreis Unna



Ausgabe 4/2022

Zeitung der Partei DIE LINKE.Kreisverband Unna



## Neue Sprecher:in der Linken in NRW

Der Landesparteitag hat einen neuen Landesvorstand gewählt

**Das neue Führungsduo von DIE LINKE. NRW, Kathrin Vogler und Sascha H. Wagner, über unsere Partei und ihre Potentiale.**

**Unsere Partei geht durch eine schwierige Zeit, Ihr habt angekündigt, den Landesverband einen zu wollen. Wie geht Ihr diese Aufgabe an?**

Wir werben dafür, unproduktive Auseinandersetzungen zu überwinden. Darüber werden wir uns intensiv mit den Kreisverbänden beraten und auch die

binden. Parteien verändern sich, müssen moderner werden. Auch DIE LINKE muss sich diesen Herausforderungen jetzt stellen. Ein Landesvorstand kann Debatten anstoßen und organisieren, Kampagnen entwickeln und eine Willkommenskultur für Interessierte und Neumitglieder schaffen, wie wir es schon einmal gemacht haben.

**Kathrin, du bist ebenfalls Mitglied unserer Bundestagsfraktion. Siehst du deine neue zusätzliche Aufgabe als Landessprecher:in als**

tionsfreie Mindestsicherung, eine Kindergrundsicherung.

**Welche politischen Themen brennen aktuell in NRW?**

Das liegt doch auf der Hand: Die Energiekrise, die steigende Inflation und die damit einhergehende Teuerung bei Lebensmitteln und dergleichen. Wir kämpfen dafür, dass Energiesperren verboten werden. Bei der Klimagerechtigkeit versagen die Grünen in der NRW-Landesregierung. Wir streiten für den Erhalt von Lützerath, einen raschen Ausbau der Erneuerbaren und einen gut ausgebauten und bezahlbaren Nahverkehr - damit verbinden wir soziale und ökologische Ziele. Und wir wollen gute Bildung für jedes Kind in Schulen, die Lust aufs Lernen machen.



verschiedenen Gruppierungen in der Partei in die Pflicht nehmen, ihre Ideen einzubringen. Wir müssen viel mehr miteinander, anstatt übereinander reden und vor allem auch eine Kultur des Zuhörens entwickeln!

**Sascha, als langjähriger NRW-Landesgeschäftsführer kennst du unsere Partei gut. Die Kreisverbände stehen derzeit vor großen Herausforderungen: Austritte, Probleme bei der Besetzung von Vorständen, und an Info-Ständen diskutieren die Menschen oft lieber über Zoff als Politik. Wie wollt ihr vor Ort konkret unterstützen?** Ein Landesvorstand kann nicht die aktive Arbeit vor Ort ersetzen. Wir können aber die Basis mehr in die Entscheidungen ein-

**Doppelbelastung oder als Chance?** Natürlich bedeutet das zusätzlichen Aufwand, aber ich habe keine Angst vor Arbeit, Arbeit hat Angst vor mir. Ich sehe auch eine Chance, dass ich dem Landesverband mehr öffentliche Wahrnehmung verschaffen kann, gerade zu den Themen, die in NRW wirklich brennen: Das Ruhrgebiet ist Armuts-Hotspot in Deutschland, daran ändert auch die Mogelpackung „Bürgergeld“ nichts. Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise explodieren und bringen viele Menschen in existenzielle Not. Armut macht krank und umgekehrt, aber in den ärmeren Stadtteilen fehlt es an Gesundheitseinrichtungen. DIE LINKE hat dagegen gute Konzepte, die bekannter werden müssen: zum Beispiel eine sank-

### Hartz IV bleibt Hartz IV - die Reform fällt aus

Die Ampel hat groß angekündigt, dass Hartz IV überwunden wird, davon kann keine Rede mehr sein. Die Reform fällt aus. Außer einer dringend überfälligen und viel zu niedrigen Erhöhung des Regelsatzes um 53 Euro bleibt im Wesentlichen alles beim Alten.

Schon der Gesetzentwurf der Ampel war mehr als dürftig. Die Sanktionen sollten teilweise verschoben werden und die Regelsatzerhöhung ist viel zu niedrig.

Nach dem Bundestagsbeschluss begann ein Wettbewerb der Schabigkeit auf Kosten der Betroffenen. Die Union versuchte, Niedriglöhner gegen Sozialleistungsbezieher auszuspielen. Als ob Menschen, die wenig verdienen, irgendwas davon hätten, wenn die Alleinerziehende sanktioniert wird, weil sie einen Termin verpasst hat, oder zwangsumziehen muss.

# Luxus?



**Nein.** Es ist genug für alle da, wenn die Reichen ihren gerechten Beitrag leisten. Wer hat, gibt. Mehr Miteinander statt Ellbogengesellschaft. Solidarität und Gerechtigkeit statt Hass und Hetze.

## DIE LINKE.

**Sahra Wagenknecht**  
Deindustrialisierung stoppen, Energiesanktionen aufheben  
Seite 3

**Ali Al-Dailami**  
Gegen Aufrüstung - für Verhandlungen - ist das Gebot der Stunde  
Seite 4

Von Peter Weyers

**Liebe Lesende,**

als wir Anfang 2022 die erste Ausgabe des LinksRutsch herausgebracht haben, habe ich geschrieben, dass wir mit dem LinksRutsch auch eine Gegenöffentlichkeit schaffen wollen.

Wir wollen das, weil wir den Eindruck haben, dass die Zeitungslandschaft in NRW äußerst homogen geworden ist. Wesentliche Teile von Zeitungen werden von Redaktionsnetzwerk Deutschland geliefert, d. h. man kann im Kölner Stadtanzeiger den gleichen Kommentar lesen wie in den Ruhr Nachrichten.

Dazu kommt, dass viele Zeitungen mittlerweile ein regionales Monopol haben, wie die Ruhr Nachrichten, der Kölner Stadtanzeiger oder die Rheinische Post. Frühere Konkurrenz-Gazetten wie die Kölnische Rundschau, die Westdeutsche Zeitung oder die Westfälische Rundschau gibt es nicht mehr, sodass wir Bürger es

nicht mehr so einfach haben, uns umfassend zu informieren.

Der Gipfel der Verbreitung von Einheitsmeinungen ist, dass Vertreter des Redaktionsnetzwerkes Deutschland dann auch noch in den einschlägigen Talkshows bei ARD und ZDF sitzen.

Wir wollen aber auch eine regionale Gegenöffentlichkeit, weil wir den Eindruck haben, dass die regionalen Tageszeitungen im Kreis Unna nur höchst ungern über unsere Aktivitäten berichten und wenn es sein muss, auch schon mal städtische Pressemitteilungen genau um die Passagen gekürzt werden, in denen die Partei „Die Linke“ genannt wird.

Immer wieder werden Pressemitteilungen oder Stellungnahmen von uns nicht gedruckt oder wir werden um Kürzung der Texte auf 1.100 Zeichen gebeten, während gleichzeitig Stellungnahmen anderer Parteien gedruckt werden, obwohl sie deutlich länger sind.

Sehr häufig werden unsere Beiträge

erst nach telefonischem Nachhaken berücksichtigt. Die Gründe die für die Nichtberücksichtigung genannt werden, sind hanebüchen und leicht als Ausreden erkennbar.

Besonders verärgert und enttäuscht waren wir über die nicht stattgefundenen Berichterstattung über unser Tafelfest auf dem Wuckenhof in Schwerte. (Bericht in dieser Ausgabe) Weder haben die Ruhr Nachrichten einen Redakteur vorbeigeschickt, noch haben sie unsere Pressemitteilung dazu gedruckt.

Selbst unsere Pressemitteilung anlässlich der Übergabe des Erlöses an die Tafel in Schwerte wurde ignoriert, bis wir bei Chefredaktion der Ruhr Nachrichten interveniert haben.

Gegenöffentlichkeit bedeutet: wenn die bürgerlichen Medien nicht über uns



und unsere Aktivitäten berichten, müssen wir es selber tun.

Deswegen geht es im LinksRutsch nicht nur um Bundes- oder Landespolitische Themen, sondern zu einem großen Teil eben auch um Themen aus unserem Kreisverband und unseren Ortsverbänden.

**Viel Spaß bei der Lektüre**

# Jahresrückblick 2022

Von Peter Weyers

Heute halten sie die letzte Ausgabe des LinksRutsch für 2022 in den Händen. Deswegen möchten wir einen Blick zurück auf das Jahr 2022 richten:

Die Pandemie und ihre Folgen haben es in den vergangenen Jahren schwer gemacht, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Und das Jahr 2022 hat leider bisher allen Pessimisten Recht gegeben. Zusätzlich zur Pandemie, die eben noch nicht Geschichte ist, hat Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine begonnen.

Dieser Krieg mag ein lokaler Krieg sein, aber er hat globale Auswirkungen. Er führt in weit mehr Ländern als in Russland und der Ukraine zu großem Leid, das kaum wahrgenommen wird. Erwähnt sei hier nur der noch größere Ernährungsmangel in Ländern der „Dritten Welt“, durch die fehlenden Getreideexporte aus der Ukraine.

Die Ernährungsunsicherheit in Ländern, die durch die Klimakrise jetzt schon viel weniger landwirtschaftliche Erträge haben, wird also durch den Krieg noch größer. Gleichzeitig wachsen die Zweifel, dass die Staatengemeinschaft zur Bekämpfung der globalen Krisen an einem Strang zieht.



In Deutschland führt der Krieg dazu, dass Entscheidungen getroffen werden, die nicht nachhaltig und zukunftsfähig sind. Statt die Energiewende voran zu treiben, wird von den üblichen Verdächtigen eine dauerhafte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ins Spiel gebracht.

Kriegsrhetorik beherrschte den Medienwald. Rüstungslobbyisten wir Strack-Zimmermann saßen in jeder Talkshow und argumentierten mit dem Messer zwischen den Zähnen. Jeder der eine andere Lösung als Aufrüstung oder Waffenlieferung diskutierte, wurde als Putin-Versteher abgestempelt. Selbst die renommierte Journalistin Gabriele Krone-Schmalz, die jahrzehntelang als der Sowjetunion und Russland berichtet hat und deren Expertise immer geschätzt wurde, musste diese Erfahrung machen.

Dabei waren es doch die Parteien der Ampel und die CDU-CSU, die jahrelang eine Politik gemacht haben, die uns in die Abhängigkeit von Putins Russland geführt hat. Uns Linken jetzt eine Putin-Versteherschaft anzudichten ist da schon ziemlich dreist und verlogen. Um das noch mal ganz klar zu sagen: Zur Zeit gibt

es nichts in Russland, was wir Linke gut heißen könnten, nicht den autokratischen Präsidenten, der Oppositionelle unterdrückt, vergiften und ermorden lässt, noch die von Oligarchen geprägte turbokapitalistische Wirtschaftsordnung.



Statt Maßnahmen gegen die zunehmende soziale Ungleichheit zu beschließen, wurde diese durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung sogar noch verschärft. Die Menschen, die eine staatliche Unterstützung am dringendsten gebraucht hätten, nämlich die Bezieher von Transferleistungen bekamen am Wenigsten. Das führte dazu, dass die Tafeln in Deutschland, auch die im Kreis Unna, es immer schwerer haben, notleidenden

Menschen, deren Anzahl immer größer wird, zu helfen. Gleichzeitig meldeten mehrere DAX-Konzerne Rekordgewinne. Die wurden zum großen Teil nicht trotz der Krisen sondern wegen der Krisen erzielt. Deshalb ist eine Übergewinnsteuer hier der richtige Ansatz.

Gleichzeitig mutierte das von der SPD gewollte „Bürgergeld“ zum Rohrkrepieler. Die SPD wollte den Beziehern von Hartz 4 mit dem Bürgergeld ihre Würde wiedergeben. Dies impliziert das Eingeständnis, dass ihnen mit der Einführung von Hartz4 Würde genommen wurde. Immerhin!

Nach der Blockade durch die CDU/CSU kündigte ausgerechnet Christian Lindner Gesprächsbereitschaft beim Thema Sanktionen an. In der Ampel wedelt der Schwanz mit dem Hund.

Wenn der Reichtum von Wenigen immer größer wird, aber gleichzeitig immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, nennt man das Kapitalismus.

Es gibt auch Positives. So hat das 9-Euro Ticket gezeigt, dass eine Verkehrswende möglich ist. Eine klimafreundliche und teilhabefördernde Mobilität ist möglich, wenn der politische Wille da ist.

Wenn ein Ticket aber 49 Euro kosten soll, der Preis also höher ist, als der für Mobilität im Hartz-IV – Satz vorgesehen ist, ist das Ticket schon nicht mehr teilhabefördernd.

Ganz klar ist: ohne „Die Linke“, ohne attac und andere Organisationen hätte es keine Erhöhung des Mindestlohns und kein 49 Euro-Ticket gegeben, weil die SPD oft vor der Wahl links blinkt und dann rechts abbiegt. So auch zum Thema Reichensteuer: Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion im Bundestag wurde von der SPD und den Grünen abgelehnt, obwohl beide sich im Wahlkampf dafür ausgesprochen haben.

Für 2023 bleibt zu hoffen, dass der Krieg beendet werden kann und endlich geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der längst eingetretenen Klimakrise durchgesetzt werden können. Sonst wird der Protest auf der Straße auch im Land des Michels immer größer werden.





# Deindustrialisierung stoppen, Energiesanktionen aufheben

Sahra Wagenknecht

Unsere Gesellschaft wird immer tiefer gespalten – und die wachsende Kluft zwischen oben und unten hat auch kulturelle und räumliche Aspekte. Die hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen nicht alle gleich: Wer weite Wege mit dem Auto zurücklegen, für Kinder sorgen, um seinen Job in der Industrie oder im Handwerk bange oder in einem alten Haus statt einer modernen Stadtwohnung leben muss, den trifft die Krise ungleich



Sahra Wagenknecht

härter. Entsprechend regen sich auch die größten Proteste gegen die herrschende Politik nicht in städtischen Zentren, sondern in Randgebieten und Kleinstädten vor allem im Osten, wo viele Menschen schon bitter erfahren mussten, dass Deindustrialisierung mit Verarmung, Abwanderung und schlechten Jobs einhergeht.

Auch die Bewegung der französischen Gelbwesten wurde in erster Linie von Menschen aus den strukturschwachen und abgehängten Regionen des Landes getragen – und damals wie heute fällt es selbst einigen Linken schwer,

sich mit Betroffenen in Protesten gegen „die da oben“ zu solidarisieren, die sich weder „links“ noch „rechts“ verorten und die Hoffnung auf Abhilfe durch etablierte Parteien, Gewerkschaften und Verbände zumeist schon aufgegeben haben.

Eine LINKE, die sich nur in einem akademischen und „progressiven“ urbanen Milieu bewegt und nur für dieses Milieu Politik macht, wird aber in dieser Krise nicht gebraucht. Unsere Verantwortung ist es, all jene Menschen zu vertreten, die angesichts der hohen Preise wütend und verzweifelt sind und um ihre Arbeit und ihre Existenz fürchten. Unsere Aufgabe als soziale Opposition ist es, die Ampel anzugreifen, die völlig konfus handelt und kein Konzept hat, das Land aus der Krise herauszuführen. Ohne bezahlbare Energie hat Deutschland als Industriestandort keine Zukunft. Da die Regierung kei-

ne bezahlbare Alternative zum russischen Gas gefunden hat, müssen wir sie unter Druck setzen, damit sie aus der Sanktionsspirale aussteigt. Zumal die Sanktionen nicht zu einem schnellen Kriegsende beigetragen, sondern Konzernen wie Gazprom noch zu Rekordeinnahmen verholfen haben.

Das Grauen des Krieges muss endlich beendet werden, statt es durch Waffenlieferungen endlos zu verlängern. Keine Seite kann diesen Krieg militärisch gewinnen. Also braucht es Druck auf beide Seiten, sich an einen Tisch zu setzen, um eine Friedenslösung zu finden.

Gerade in diesen Zeiten der massiven Aufrüstung und Konfrontation ist es unsere Aufgabe, an der Seite der Friedensbewegung für Entspannungspolitik, Abrüstung und globale Kooperation zu kämpfen.



Ohne bezahlbare Energie hat Deutschland als Industriestandort keine Zukunft. Da die Regierung keine bezahlbare Alternative zum russischen Gas gefunden hat, müssen wir sie unter Druck setzen, damit sie aus der Sanktionsspirale aussteigt.

Sahra Wagenknecht

## SPD und Grüne verarschen das Volk!

Am 10.11.2022 haben bis auf die Linksfraktion alle Fraktionen im deutschen Bundestag gegen eine Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre gestimmt. Die Fraktion „Die Linke“ hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Daphne Weber, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Partei DIE LINKE, erklärt:

„Grüne und SPD schwadronieren in jede Pressekamera, dass sie mehr Steu-

ern für Reiche wollen und stimmen dann geschlossen gegen eine Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre. Ihre Jugendverbände geben sich radikal, tragen diese Entscheidung aber mit und bleiben in der Konsequenz genauso zahllos wie ihre älteren Amtsträger. Das ist keine glaubhafte Politik, sondern verlogene Bürgerverblendung.“

Sogar die sog. Wirtschaftsweisen haben erkannt, dass es eine strukturelle Umverteilung von Reichtum braucht, anstatt Menschen und Infrastruktur zugrunde zu richten. Wenn immer mehr Teile der Bevölkerung bei steigender Inflation verarmen, dann hat die Ampel dieses Desaster mit zu verantworten. «



Antrag der Fraktion  
DIE LINKE im Bundestag

### Einmalige Vermögensabgabe

Während die große Mehrheit der Bevölkerung mit finanziellen Nöten konfrontiert ist, konnten die Vermögendsten in diesem Land ihr Vermögen auch während der Krisen mehren. Allein die reichsten ein Prozent vereinen fast ein Drittel des deutschen Nettovermögens auf sich. ...

Daher braucht es eine **einmalige Vermögensabgabe** nach Vorbild des Lastenausgleichs nach dem zweiten Weltkrieg unter dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Multimillionärinnen und Milliardäre und Milliardärinnen gemäß Artikel 106 Absatz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes vorsieht und sich am Vorbild des Lastenausgleichs orientiert.

## Die Reichen müssen für die Krisen zahlen!

Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Aber: Viele Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne. Der Klub der Superreichen wird größer: Manche gewinnen immer, wenn die Regeln nicht geändert wer-

Luxus-  
artikel?



den. Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein. Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückdrängt.

### Die Linke fordert:

1. Die Menschen entlasten  
Inflationsgeld von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt).
2. Die Preise deckeln  
Die Preise für Strom und Gas staatlich regeln! Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teurer.
3. Konzerne und Superreiche besteuern  
Die Lasten gerecht verteilen. Die Extragewinne der Konzerne in der Krise müssen extra besteuert werden, eine einmalige Vermögensabgabe muss eingeführt werden.  
Wir brauchen eine Übergewinnsteuer, die wir zur Finanzierung eines Basistarifs in der Energieversorgung einsetzen.
4. Klima- und Verkehrswende  
Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand. Der ÖPNV wird schrittweise kostenfrei, Bus und Bahn bauen wir aus.

### Impressum

Herausgeber der Zeitung LinksRutsch ist der Kreisverband DIE LINKE im Kreis Unna. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Karl-Heinz Schimpf, Kimbernstraße 5, 58239 Schwerte. Hinweise, Informationen und Kritik senden Sie bitte an [linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de](mailto:linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de).

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



Krankenhausreformen:

## Lauterbach bricht Versprechen

*Ates Gürpınar, MdB Fraktion DIE LINKE.*  
Angesichts der Coronakrise und der für alle sichtbaren schlimmen Zustände in den Krankenhäusern versprach die Ampel im November 2021 schnelle Maßnahmen im Koalitionsvertrag - zumindest für drei Bereiche, in denen die Missstände besonders offenkundig sind: „Kurzfristig sorgen wir für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für die Pädiatrie, Notfallversorgung und Geburtshilfe.“ Vollmundig kündigt Gesundheitsminister Lauterbach seitdem medienwirksam Reformen an. Jetzt, ein Jahr später, folgt Ernüchterung.

Noch Anfang Oktober hatte Lauterbach im Bundestag davon gesprochen, die sogenannten Fallpauschalen zumindest in der Kinder- und Jugendmedizin abzuschaffen - zu Recht, denn die Fallpauschalen sorgen hier durch Unterfinanzierung für einen immensen Kostendruck, der die Versorgung gefährdet. Im jetzt vorliegenden Gesetzentwurf ist davon nichts geblieben: Die Fallpauschalen blei-

ben in diesem Bereich vollständig bestehen, es werden lediglich für zwei Jahre jeweils 270 Mio. Euro mehr ins System gegeben: Das sind weniger als zehn Prozent der jährlichen Gesamtausgaben für die

Pädiatrie in Krankenhäusern. Als ob der Bruch mit den Versprechen nicht schon offenkundig genug war, wird das zusätzliche Geld sogar noch nach der Systematik der Fallpauschalen verteilt.



## Wider der Aufrüstungsspirale-Verhandeln ist das Gebot der Stunde

*Ali Al-Dailami (MdB DIE LINKE)*

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiert auf verschiedensten Ebenen eine Zäsur. Noch nie wurde die Bevölkerung nach 1945 so penetrant auf Kriegskurs gestimmt, nicht zuletzt durch die Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz. Es ist perfide, dass der schreckliche Krieg in der Ukraine hierzulande von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien für rüstungspolitische Ambitionen genutzt wird. Die Hochrüstung der Bundeswehr durch die Aufnahme von Sonderschulden in Höhe von 100 Mrd. Euro zeugen davon. Die Rüstungsindustrie sagt Danke.

Der Krieg hat in Berlin neue Großmachtambitionen geweckt. Verteidigungsministerin Lambrecht ging jüngst so weit, einen neuen Führungsanspruch Deutschlands zu proklamieren, Lamb-

recht wörtlich: Deutschlands Größe, seine geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz, sein Gewicht machen uns zu einer Führungsmacht, ob wir es wollen oder nicht“ und bezog ihre Aussage später auch auf das Militärische.

Einen Tag vor dem 81. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, dem bis zum Kriegsende 27 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, spricht der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil in seiner „Grundsatzrede zur Zeitenwende“ in Berlin von knapp 80 Jahren deutscher „Zurückhaltung“, nach denen Deutschland in der internationalen Politik nun den „Anspruch einer Führungsmacht“ verfolgen solle.

### Verhandlungen statt Aufrüstung

Gleichzeitig werden friedenspolitische Positionen und Appelle für Verhandlungen regelrecht diskreditiert. Auch oder gerade deshalb tut Widerspruch bitter Not.

Widerspruch gegen eine fatale Politik der Bundesregierung, die droht, Deutschland zur Kriegspartei zu machen. Widerspruch gegen eine wahnsinnige Hochrüstungspolitik. Alleine im Jahre 2021 gaben die NATO-Staaten zusammen 1,17 Billionen Dollar für Rüstung aus. Also bereits das 15-fache dessen, was Russland ausgab. All das hat den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands nicht verhindert.

### Wirtschaftskrieg beenden

Auch der Wirtschaftskrieg erzielt nicht seine erhoffte Wirkung. Ganz im Gegenteil, Sanktionen, die die Mehrheit der Bevölkerung treffen, sind zutiefst inhuman und bewirken oft das Gegenteil. Mittlerweile haben sie dafür gesorgt, dass hier die Energiepreise explodiert sind und Deutschland Gefahr läuft, seiner Industrie nachhaltig zu schaden.

Auch deshalb und um einen über Jahre andauernden Stellungs- und Abnutzungskrieg, der im schlimmsten Fall in einem Flächenbrand mit nuklearer Komponente münden kann, zu verhindern, muss alles dafür getan werden, dass ernsthaft über einen Waffenstillstand verhandelt wird.

Für die Geburtshilfe sah der Gesetzentwurf zuerst vor, dass weniger als zehn Prozent aller Kreißsäle (in ländlichen Regionen) zusätzliche Unterstützung bekommen sollten. Von dieser Regelung ist die Bundesregierung abgerückt. Die Bundesländer sollen jetzt entscheiden können, welche Kreißsäle einen Aufschlag bekommen. An der festgesetzten Summe von jeweils 108 Mio. Euro für 2023 und 2024 - die ursprünglich für weniger als 60 Geburtskliniken vorgesehen war - wurde aber nichts geändert. Den Ländern ist jetzt also freigestellt, wie sie den finanziellen Mangel verwalten. Von einer „bedarfsgerechten, auskömmlichen Finanzierung“, wie sie im Koalitionsvertrag angekündigt wurde, kann auch hier keine Rede sein.

Für die Notaufnahmen, denen ebenfalls „kurzfristig“ finanzielle Entlastung versprochen wurde, hat Lauterbach bisher überhaupt keinen Vorschlag vorgelegt. Er ist ein Ankündigungs-Minister, der viele Luftblasen produziert, die schnell wieder platzen.

Für 2023 hat Lauterbach eine weitergehende Krankenhausreform angekündigt: Die Fallpauschalen sollen nicht abgeschafft, sondern ihr Anteil an der Finanzierung reduziert werden - durch sogenannte Vorhaltekosten, die Krankenhäuser unabhängig von behandelten Fällen erhalten sollen. Die Abschaffung der Fallpauschalen zugunsten einer kostendeckenden, bedarfsgerechten Finanzierung steht nicht auf der Agenda. Die wesentlichen Ursachen für die Kommerzialisierung der Krankenhäuser bleiben damit unangetastet.

Damit wird das Gesundheitssystem gegen die Wand gefahren. Es braucht endlich einen Systemwechsel in der Krankenhausfinanzierung - die Abschaffung des Fallpauschalen-Systems zugunsten einer kostendeckenden Finanzierung. So würde kein Krankenhaus mehr Gewinne oder Verluste machen können - finanziert würde der tatsächliche Bedarf. Eine solch grundlegende Reform wird aber nur durchsetzbar sein, wenn die Beschäftigten in den Krankenhäusern und die Öffentlichkeit gemeinsam Druck dafür aufbauen - wie es auch die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW - für ALLE!“ tut. Als LINKE setzen wir uns weiter dafür ein - im Bundestag genauso wie im Betrieb und vor Ort auf der Straße.



**Pflegenotstand stoppen  
 - Krankenhäuser  
 bedarfsgerecht  
 finanzieren.  
 LINKE Alternativen zu  
 Lauterbachs  
 Krankenhausreform**

**Beschluss des Parteivorstands  
 vom 12.11.2022**

[www.die-linke.de/themen/pflegenotstand-stoppen](http://www.die-linke.de/themen/pflegenotstand-stoppen)



# Solidarisch durch die Krise!

Von Nicole Czymowski

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Die steigenden Preise treffen uns mit voller Wucht. Wir spüren dies jeden Tag in unseren Geldbeuteln. Allein die Preise für Lebensmittel sind über 20% gestiegen, die Energiekosten um rund 40%.

Zwar haben im September die Mehrzahl aller Haushalte in Deutschland eine Energiepauschale in Höhe von 300 Euro erhalten und im Dezember sollen rund 24 Millionen Haushalte die Abschlagszahlung für Gas abgenommen werden. Doch reicht das aus? Die Bundesregierung hat - nicht ohne den Druck der Gewerkschaften - Maßnahmen getroffen, wie den Strompreisdeckel, dem Gaspreisdeckel, Einmalzahlungen auch an Rentner\*innen und Studierenden oder das Abschöpfen von Zufallsgewinnen um die Bürger\*innen zu entlasten. Doch vielen Kolleg\*innen - vor allem die mit niedrigen Einkommen - ist die Angst um die eigene Existenz ein ständiger Begleiter im Alltag

geworden. Und das in einem nach wie vor reichem und wirtschaftlich starken Land wie Deutschland.

Es ist zu befürchten, dass auch die gedeckelten Energiepreise für Haushalte mit niedrigen Einkommen noch zu hoch ist. Es fehlt hier schlichtweg an sozialer Balance. Jetzt sind Solidarität und soziale Gerechtigkeit gefragt.

## Es fehlt an sozialer Balance

Es ist an der Zeit, nicht die Reichen zu entlasten, sondern Extragewinne jener Unternehmen abzuschöpfen, die in dieser Krisenzeit profitieren. Deutschland hat viele starke Schultern, die jetzt einen angemessenen Beitrag leisten können um die Krise zu überwinden. Wir brauchen gerade jetzt Steuergerechtigkeit gegenüber Wohlhabenden und eine Vermögensabgabe. Jetzt müssen diejenigen entlasten, die nicht entlastet werden

müssen.

Zudem brauchen wir existenzsichernde Löhne und Gehälter für alle. Diese gibt es vor allem durch Tarifverträge und deshalb muss die Tarifbindung in Deutschland gestärkt- und die Real-löhne stabilisiert werden.

Und genau das gilt es jetzt durchzusetzen! In den aktuell laufenden Tarifverhandlungen und den bevorstehenden.

Die Forderungen sind hoch wie nie, sehr schwer durchzusetzen aber dringend notwendig! Und genau deshalb, ist es wichtig und notwendig, trotz der steigenden Preise sich - gerade jetzt - gewerkschaftlich zu organisieren und so gemeinsam für Si-

cherheit und Stabilität zu kämpfen.

Informationen zu den aktuellen Themen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft finden sie im Netz unter: [www.westfalen.verdi.de](http://www.westfalen.verdi.de)

TARIFRUNDE  
ÖFFENTLICHER DIENST

ver di

## WIR FORDERN:

- 10,5 % mehr Geld für alle (mind. 500 € / Monat)
- 200 € mehr für Auszubildende, Studierende & Praktikant:innen
- Unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 12 Monate Laufzeit

ZUSAMMEN  
GEHT MEHR

## Der letzte Landesparteitag von DIE LINKE. in NRW...

...wie viele Genossinnen und Genossen es im Vorfeld des Landesparteitages am 29. - 30.10.2022 in der Kamen Stadthalle befürchtet haben, war es glücklicherweise nicht. Doch haben wir innerhalb der Partei nach den Wahlniederlagen sowohl viel aufzuarbeiten als auch innerhalb des Landesverbandes viel Arbeit vor uns.

Bereits im Vorfeld war der Landesparteitag, an dem Katja Wohlgemuth (OV Kamen-Bergkamen), Karl-Heinz Schimpf (OV Schwerte) und Oliver Schröder (OV Kamen-Bergkamen) als Delegierte für unseren Kreisverband teilgenommen haben, von der Rücktrittserklärung von insgesamt zehn Mitgliedern des Landesverbandes überschattet.



Enthielt diese doch eine deutliche Kritik an der Ausrichtung der Partei durch den Bundesvorstand. Aus diesem war unser Parteivorsitzender Martin Schirde- wan zu Gast, der zu Beginn ein Grußwort an den Landesverband und die anwesenden Delegierten richtete.

Das der Landesparteitag viel Zündstoff mit sich bringen wird, zeigte sich bereits zum Leitantrag des Landesvorstandes „Mit den Menschen gegen sozialen Abstieg, Armut und Not kämpfen.“, zu dem es nicht nur zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsanträge gegeben hat, sondern zu dem eine lebhaft Diskussion geführt wurde. Im Anschluss folgte dann der Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes, als auch der Finanzbericht des Landesschatzmeis-



ters, zu denen es ebenfalls eine lebhaft Aussprache gegeben hat. Nachdem der scheidende Landesvorstand von den Delegierten entlastet wurde, begann die notwendige Neuwahl des Landesvorstandes.

Aufgrund der bereits erwähnten Begleiterscheinungen rund um den Landesparteitag, als auch durch die notwendigen Aussprachen und Diskussionen, wurde der Zeitplan des Landesparteitages völlig durcheinandergebracht.

So wurden die neuen Sprecher des Landesvorstandes, Sascha H. Wagner (KV Wesel) und Kathrin Vogler (Bundestagsabgeordnete aus dem KV Steinfurt) erst am frühen Abend gewählt. Die Wahl der stellvertretenden Sprecherinnen erwies sich im Anschluss als deutlich schwieriger und zog sich bis zum Sonntagvormittag und brachte erst im dritten(!) Wahlgang zwei neue Stellvertreterinnen hervor.

Bis zum Ende des Landesparteitages um kurz nach 16:00 Uhr wurde der neue Landesvorstand, zum Leidwesen der thematischen Anträge und Debatten, komplettiert. Diese sollen dann zum nächsten Landesparteitag, was sicherlich zu den guten Nachrichten gehört, nachgeholt werden.

DIE LINKE. wird dringender denn je benötigt und sowohl der neue Landesvorstand, als auch die anwesenden Delegierten sind sich diesem bewusst, sodass durchaus die Hoffnung besteht, gestärkt und hoffentlich geeint aus diesem Landesparteitag zu gehen.

## Neue Kreisvorsitzende im Kreis Unna

Wegen des Rücktritts von Rebekka Kämpfe, bei der wir uns für Ihren Einsatz und ihre Arbeit für den KV Unna sehr herzlich bedanken möchten, wurde eine außerplanmäßige Neuwahl für die Position der Sprecherin der KV Unna notwendig.

Mit großer Mehrheit wurde Jana Bornemann gewählt, die sich trotz und wegen ihrer Jugend schon die ersten Verdienste als Beisitzerin im Vorstand des OV Kamen-Bergkamen verdient hat.



Unterstützt werden wird sie in Ihrer Tätigkeit natürlich von Friedhelm Schumann, dem langjährigen Sprecherurstein des KV Unna und natürlich von allen KV-Vorstandsmitgliedern, allen voran natürlich von Ihrer Mutter, Ramona Bornemann.

Wir sind glücklich, den Staffelstab an eine junge, engagierte, mit einem klaren linken Kompass ausgestattete Frau wei-

tergeben zu können, die sich vorgenommen hat, ihre jugendliche und weibliche Sicht der Dinge in die Arbeit des KV einzubringen.

## Politische Schwerpunkte

Die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit sieht sie ganz klar im sozialen Bereich. „Ich finde es sehr wichtig, den Blick auch auf die Einkommensschwachen zu richten um so die immer größer werdende soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Schon in der Kita und in der Schule müssen Veränderungen geschaffen werden, um gesellschaftlichen Fehlentwicklungen vorzubeugen und sie zu verhindern.“ Jana Bornemann wünscht sich mit dem gesamten Kreisvorstand noch mehr Beteiligung von jungen Menschen um noch besser gegen soziale Kälte und Ungleichheit und die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft kämpfen zu können.

Deshalb bitten wir Alle, die wie wir denken, dass es gerechter zugehen muss in unserem Land, mit zu arbeiten und ihre Ideen bei uns einzubringen.

## Kontakt:

Mail: [partei@dielinke-kreis-unna.de](mailto:partei@dielinke-kreis-unna.de)  
facebook.com/dielinke.kv.unna  
[www.dielinke-kreis-unna.de](http://www.dielinke-kreis-unna.de)

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



# Willkommen auf der sozialdemokratischen Trutzburg Bergkamen

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bergkamen

Vorweg: Die Bezeichnung der Stadt Bergkamen als sozialdemokratische Trutzburg ist nicht von uns, sondern stammt aus einem Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 22.05.2005 und hat auch 17 Jahre später nichts an Aktualität verloren. In Bergkamen, so der besagte Artikel, sei die SPD die unangefochtene Nummer 1 der Kommunalpolitik – bis zur letzten Kommunalwahl (mit einer

kurzen Ausnahme von 1999 bis 2004) stets mit absoluter Mehrheit – und übernehme auch in Vereinen und anderen gesellschaftlich wichtigen Organisationen Spitzenpositionen.

Als wir im Jahr 2020 bei der Kommunalwahl in Bergkamen angetreten sind, war uns dies von Anfang an bewusst: Keine Entscheidung ohne die SPD! Dennoch sind wir angetreten, um den Bürger:innen unserer Stadt eine linke Alternative zur SPD zu sein, mit dem Anspruch im

Rahmen unserer Möglichkeiten die verstaubten Strukturen im von der SPD dominierten Stadtrat und der Stadtverwaltung durch gute, konstruktive Arbeit aufzubrechen. Dementsprechend haben wir uns darauf eingestellt, dass wir keine offenen Türen einrennen und dicke Bretter zu bohren haben, wenn wir mit unseren Anträgen die soziale und ökologische Frage stellen.

## Bergkamen: Armut und Strukturwandel

Die Stadt Bergkamen gehört nicht nur zu den 10 einkommensschwächsten Kommunen, sondern ist nach dem Ende des Bergbaus vom Strukturwandel gezeichnet. Dementsprechend sehen wir unseren Auftrag darin, uns für die Bürger:innen der Stadt einzusetzen und eben diese dringlichen Fragen zu stellen. Wir haben seit Beginn der Wahlperiode nicht nur etliche Gespräche geführt, sondern sind im auch im stetigen Austausch mit Gewerkschaften und Jugendgruppen sowie Vereinen und Institutionen. Daraus haben sich (Stand: 11.11.2022) nicht nur 36 schriftliche Anfragen an die Stadtverwaltung, UKBS, Lippeverband, NRW-Ministerien und weitere kommunale Akteur:innen entwickelt, sondern auch 35 Anträge in den Fachausschüssen und Ratssitzungen.

**DIE LINKE.**  
im Rat der Stadt Bergkamen

Was wir bei all dem unterschätzt haben: Die Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsvorstand gestaltet sich mit der Zeit äußerst schwierig. Jede Idee, jeder Verbesserungsvorschlag oder jede Neuerung, die nicht aus der Feder der SPD stammt, wird konsequent abgelehnt und im Keim erstickt. So wird nicht nach Chancen und Vorteilen für Bürger:innen und Stadt abgewogen, sondern nach Nachteilen und Risiken. Anhand negativer Aspekte und konstruierter Risiken werden Diskussionen und teils auch Abstimmungen beeinflusst, sobald sich eine Mehrheit in Ausschuss oder Rat gegen die roten Eichen, so starr und fest in den Gremien verwurzelt abzeichnet.

## Linke Kommunalpolitik notwendig

Während sich die SPD unbeirrt als „Gut für Bergkamen. Immer“ betrachtet, scheinen wir nach nicht einmal zwei Jahren Ratsangehörigkeit das ein oder andere „Besser für Bergkamen“ zu machen. Anders lässt sich diese Blockadehaltung zur Verteidigung der sozialdemokratischen Trutzburg Bergkamen gegenüber linker Kommunalpolitik, die anders als in der kommunalpolitischen Praxis der SPD noch gute alte sozialdemokratische Werte vertritt, nicht erklären.

**Liebe SPD:  
Linke Kommunalpolitik  
ist gut für Bergkamen**

**DIE LINKE.**  
Fraktion DIE LINKE.  
im Rat der Stadt Bergkamen

# Wahlberechtigung ja – aber nur, wenn man es ins Wahllokal schafft

Jürgen Menke gab in seinem Artikel vom 10.11.2022 im Westfälischen Anzeiger „Barrierefreie Wahllokale: Jeder will sie, aber keiner kann sie vorschreiben“ Einblick in eine Ausschusssitzung der Stadt Bergkamen.

Unsere Fraktionsmitglieder hatten einen Antrag nach mehr barrierefreien Wahllokalen gestellt. Konkret wurde darin eine Aufnahme des IST-Zustands zur Feststellung des Handlungsbedarf gefordert, im weiteren Schritt die Erörterung von „Alternativen und/oder Strategien zur Herstellung der Barrierefreiheit“, über die dann in Gremien abgestimmt werden kann.

Menke zitierte dazu die Sozialdezernentin Christine Busch, welche feststellte, dass „das Netz wohl stark ausgedünnt werden“ müsste, wenn der Wahlausschuss nur auf barrierefreie oder barrierearme Räumlichkeiten als Wahllokale zurückgreifen würde. Sie betonte dabei, dass die Stadt den Wählern mit vielen Wahllokalen entgegenkommen möchte, um ihnen lange Wege zu ersparen.

Die folgende Abstimmung wurde im Verlauf von der Ausschussvorsitzenden Eva Knöfel abgebrochen. Laut Busch wäre der Antrag „so nicht abstimmungs-

fähig“. Die notwendigen Gremien zum Beschluss von Umbauten gäbe es gar nicht. Allerdings sah der Antrag keine Umbauten vor.

Im Internetauftritt der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) ist aber nachzulesen: „Keine Gruppe ist aus sozialen, politischen oder wirtschaftli-

chen Gründen von der Wahl ausgeschlossen“.

Für Menschen, welche auf die Nutzung von Rollstühlen, Rollatoren und anderen Gehhilfen angewiesen sind, können nicht-barrierefreie Wahllokale (nicht ebenerdig und nur über Treppen zu erreichen) kaum oder gar nicht erreicht wer-

den. Sie sind in damit in ihrem Wahlrecht stark eingeschränkt.

Dies widerspricht deutlich Artikel 1 des Behindertengleichstellungsgesetzes: „(1) Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dabei wird ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung getragen.“

## Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft

DIE LINKE tritt für die volle und wirkliche Teilhabe aller Menschen auch mit Behinderung ein. **Grundvoraussetzung dafür ist Barrierefreiheit – in baulicher, kommunikativer und struktureller Hinsicht.** Barrierefreiheit nützt allen Menschen. Sie muss deshalb sowohl für den öffentlichen als auch den privatwirtschaftlichen Bereich als bindende Verpflichtung gelten.

Inklusion eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es selbstbestimmt aktiv mitgestalten zu können.

**DIE LINKE Wahlprogramm  
zur Bundestagswahl 2021**

**Barrierefreie Wahllokale  
in Bergkamen dringend  
notwendig**

**DIE LINKE.**  
Fraktion DIE LINKE.  
im Rat der Stadt Bergkamen



Schülerticket im Kreis Unna

## Ein Beitrag des Kreises Unna zur Verkehrswende

*Karl-Heinz Schimpf*

Es war wie ein Sommermärchen: Das 9-Euro-Ticket wurde von Millionen Bürgern genutzt, um den Öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen und den privaten Pkw stehen zu lassen. Das Ticket wurde von den Bürgern angenommen und als Teil einer Verkehrswende akzeptiert.

Ungewollt hat die Bundesregierung damit einen wichtigen Beweis geliefert: Die Nutzung des ÖPNV ist preisabhängig. Natürlich ist der Preis nicht alles. Der ÖPNV müsste deutlich verbessert werden. Die Strecken müssen ausgebaut, der Takt verbessert werden und die Kapazität erhöht werden.

Gerade im ländlichen Raum fehlt es vielfach an regelmäßigen Verbindungen in den Orten und Ortsteilen.

Das Experiment lief nach 3 Monaten aus. Das Nachfolgemodell, ein 49-Euro-Ticket, ist zu teuer. In die Infrastruktur wird nicht deutlich investiert. Die Verkehrswende bleibt (zugunsten der Automobilkonzerne) stecken.

Allerdings ist auch ein bundesweit gültiges Ticket für 49 Euro ein (kleiner)

Schritt in die richtige Richtung.

### Schülerticket und Verkehrswende

Der Kreis Unna hat (im Vergleich zu Land und Bund) wenig Möglichkeiten, die Verkehrswende zu fördern.

Die VKU als kreiseigene Verkehrsgesellschaft ist stark von der Landes- und Kommunalfinanzierung abhängig. Hier sind nur kleine Verbesserungen möglich.

Der Kreis finanziert als Pflichtaufgabe die Schülerfahrkosten der kreiseigenen Berufs- und Förderschulen.

Bisher erhalten die berechtigten Schüler:innen das „Westfalenticket“ für 12 Euro im Monat. Das Ticket ermöglicht Fahrten zwischen Bielefeld, Münster, Dortmund und Siegen. Schüler:innen, die nahe an der Schule wohnen, können das Ticket für 33 Euro kaufen.

Der Kreis Unna bezuschusst diese Schülertickets mit über 60 Euro/Monat, also mit mehr als die geplanten 49 Euro/Monat.

### 49-Euro-Ticket für die Schüler:innen kostenfrei

Die Fraktion DIE LINKE-UWG im Kreistag Unna hat daher einen Vorschlag initiiert, den berechtigten Schüler:innen das bundesweit gültige 49-Euro-Ticket kostenlos zur Verfügung zu stellen und den nichtberechtigten Schüler:innen für 9 Euro im Monat zu geben.

Um besonders die Generation der jungen Erwachsenen zur Nutzung des ÖPNV zu animieren, halten wir die aufgezeigte Übernahme der Ticket-Kosten für die Schüler:innen für ein geeignetes und sehr effizientes Mittel. Unsere Schüler:innen bieten sich dafür besonders an, um einen Einstieg in die allseits geforderte Verkehrswende zu erreichen.



[www.die-linke.de/preisedeckeln](http://www.die-linke.de/preisedeckeln)

**Menschen entlasten.  
Preise deckeln.  
Übergewinne  
besteuern.**

**DIE LINKE.**



# Neubaugelände sind dem Klima- und Umweltschutz anzupassen!

Fraktion DIE LINKE.  
im Rat der Stadt Bergkamen

Die Diskussion rund um das Neubaugebiet OA 125 „Jahnstraße/ Hermann-Stehr-Straße“, was im Ortsteil Oberaden besser als „Erdbeerfeld“ bekannt ist, hat nochmals deutlich gemacht, dass Klima- und Umweltschutzaspekte abseits der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergkamen endlich ernst(er) genommen werden.

## Öffentlich geförderter Wohnungsbau notwendig

Bereits im Kommunalwahlkampf 2020 haben wir uns bereits deutlich positioniert, dass wir Neubaugebieten ohne öffentlich geförderte Wohneinheiten keine Zustimmung geben werden. Mit 15 Miet-

reihenhäuser von insgesamt 120 Wohneinheiten ist dies im „Erdbeerfeld“ zwar gegeben, aber mit einer Quote von lediglich 12,5% ist dies sicherlich ausbaufähig. Nach unserem Verständnis sollte der Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen – keine Mietreihenhäuser – bei 30%



liegen. Hierbei geht es uns nicht nur um langfristig bezahlbaren Wohnraum, sondern auch um ausreichend Wohnraum sowie der Abkehr von reinen Einfamilienhaus-Siedlungen.

Des Weiteren sollte aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes sowie mit Blick auf die Abhängigkeit von Energieimporten nicht nur die Möglichkeit gegeben sein Photovoltaikanlagen zu montieren, sondern verpflichtend. In Kombination einer Dachbegrünung von Carports oder Garagen halten wir dies für alternativlos. Dies macht den Traum vom Eigenheim erst einmal

um durchschnittlich 20.000,00 € teurer, doch lassen sich nach einer Amortisation von 10 Jahren die Stromkosten erheblich einsparen.

Wie in vielen anderen Kommunen und Gemeinden, hat auch der Rat der Stadt Bergkamen am 11.07.2019 mehrheitlich den Klimanotstand ausgerufen. Ob nun die Hitzesommer 2018 und 2019 oder das Starkregen-Ereignis im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen: Extreme Wetterlagen sind in den Städten des Ruhrgebiets angekommen und werden künftig zunehmen, das ist Konsens in der Klimaforschung. So soll nach dem Schwammstadt-Prinzip laut dem Umweltministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2030 „in klimarobuste und blau-grüne Infrastruktur investiert werden, die nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Städten bedeute.“

Hierfür ist es aus unserer Sicht unausweichlich, dass bei der künftigen Planung und Umsetzung von Neubaugebieten der Ausgleich zur neuversiegelten Fläche im gleichen Umfang – Stichwort Flächenentseelung – ein fester Bestandteil wird.

# Jugendliche, die Verantwortung übernehmen

In Bergkamen kämpft eine Gruppe Jugendlicher um Partizipation, dabei gehen sie in Ausschüsse und reden mit Politikern. Die Gruppe Jugendlicher, die sich selbst „Bergkamen Pharaos“ nennen, haben rund 20 Mitglieder. „Wir sind keine feste Gruppe. Bei uns kann jeder mitmachen“ sagt Inan (17) von den Pharaos. Die Bergkamen Pharaos haben sich im Sommer 2021 gegründet. Damals war das Ziel der Pharaos ein Basketballverein zu gründen. „Auf dem Schulgelände durften wir kein Basketball spielen“ betont der 19-jährige Emin, ein weiteres Pharaos Mitglied. Darum wollten die Pharaos einen Verein gründen.

Bei der Gründung eines Basketballvereins stießen die Pharaos auf große Hindernisse. „Wir bräuchten einen Schiedsrichter und auch eine Lizenz“ sagt Ege, der Wortführer der Gruppe. Die Hindernisse waren so groß, dass die Idee eines Basketballvereins unterging.

Stattdessen forderten die Pharaos jetzt einen Basketballplatz. Da es in Bergkamen nur marode Basketballplätze gibt, wollten die Pharaos das die Stadt einen neuen Basketballplatz baut. „Wir gingen in die Ausschüsse und sprachen mit den Politikern“ so Ege. In den Ausschüssen lieferten sich die Pharaos heftige Diskussionen mit den Politikern und Vertretern

der Stadt.

Durch eine Petition und Unterstützung einzelner Politiker, hat sich die Stadt entschieden, im Jahr 2023 einen Basketballplatz zu bauen. Für die Pharaos ging das aber viel zu langsam. Also forderten die Pharaos eine Alternative bis zum Bau des neuen Basketballplatzes. Durch Gespräche mit der Stadt, konnte man sich bis zum Bau, auf Hallenzeiten einigen.

„Die Halle ist für jeden offen, der lieber Sport macht anstatt saufen zu gehen“ erzählt uns Sufian, einer der Gründungsmitglieder. Die Jugendlichen haben jeden Samstag von 17.30 bis 19.00 Uhr, die Möglichkeit in einer vernünftigen Halle Basketball zu spielen.

Die Pharaos wollten nicht nur als Sportgruppe gesehen werden. Darin entschieden sich die Pharaos, ein Jugendkino zu gründen. „Das Jugendkino soll eine Dialogplattform für Bergkamener Jugendliche sein“ sagt Sufian. Das Jugendkino findet jeden Monat statt. Im Jugendkino werden gesellschaftskritische Filme gezeigt. Im Anschluss diskutiert man in einem Stuhlkreis.

Die Frage die sich am Ende stellt. Welche Projekte haben die Pharaos noch vor? „Wir wollen uns für ein selbstverwertetes Jugendcafé einsetzen“ erzählt uns der Pharaos Inan.



# Faschismus bekämpfen in Kamen, Bergkamen und anderswo

Von BürgerInnen gegen Rechts  
Kamen/Bergkamen

Wir, die BürgerInnen gegen Rechts Kamen/Bergkamen, sind die Antifaschistische Gruppe für Kamen und Bergkamen. Wir setzen uns klar gegen den Rechtsruck ein und wollen Nazis und Faschisten zurückdrängen aber auch Alternativen aufzeigen für eine bessere Welt ohne Faschismus, Nationalismus, Aufrüstung und Krieg. Dieser Bericht soll kurz unsere Ak-



ktivitäten aufzeigen.

## Wer sind wir?

Wir sind eine überparteiliche, selbstfinanzierte und basisdemokratische Gruppe, die den faschistischen Tendenzen in der Gesellschaft entgegen tritt. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der Hass und Hetze keinen Platz haben.

## Unsere Facebook-Seite

Seit Februar 2020 betreiben wir eine eigene Facebook-Seite, auf der wir über



Link zu Facebook



Link zu Instagram

faschistische Tendenzen überregional UND regional berichten. Wir fokussieren uns dabei insbesondere auf Regionales – denn auch hier in unserer Mitte gibt es Faschismus. Seit 2022 sind wir auch auf Instagram!

## Unsere Kundgebungen und Veranstaltungen

Antikriegstag, Demo gegen den Einzug der AfD in den Stadtrat, Gedenken an Rote Ruhrarmee und viele mehr. Wir veranstalteten mehrere Demonstrationen und Kundgebungen in den Jahren 2020, 2021 und 2022.

Besonders war die Kundgebung in Gedenken an die Toten der Corona-Pandemie, die einen Kontrapunkt zu einem kaputten Gesundheitssystem, Desinformation durch die AfD und andere faschistische Kräfte, Antisemitismus und die wirre Weltanschauung Einzelner setzte. Wir haben derer, die an Corona starben, würdig gedacht.

Außerdem veranstalteten wir 2021 eine Veranstaltungsreihe. Unter dem Namen „Nach den Rechten sehen...“ durften wir, gemeinsam mit unseren Freund:innen vom Werner Bündnis gegen Rechts und in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechts im Bezirk Arnsberg Andreas Kemper, die Omas gegen Rechts, Hendrik Puls und weitere begrüßen.

Dieses Jahr setzten wir die Reihe mit einer Veranstaltung mit Nora Feline Pösl zu Verschwörungserzählungen, eine Betrachtung der lokalen Ereignisse des Kapp-Putsches und mit U-Turn zu lokalen Neonazi-Aktivitäten fort. Außerdem beteiligten wir uns an der Nacht der Jugendkultur in Bergkamen.

# Wir bleiben weiterhin zäh und hartnäckig!

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bergkamen

Anders als im vergangenen Jahr steht in diesem Jahr keine neue Haushaltsverabschiedung in Bergkamen an, dennoch sind wir als linke Ratsfraktion sehr umtriebig. So haben wir auch in diesem Jahr eine Klausurtagung angesetzt, die – anders als im vergangenen Jahr – zwar nur eintägig angesetzt, aber nicht weniger produktiv war. Hierfür haben wir uns in einem griechischen Restaurant in Bergkamen-Overberge getroffen, schließlich haben wir als Fraktion beschlossen, dass fraktionsinterne Tagungen und Veranstaltungen grundsätzlich in Bergkamen stattfinden, damit die ausgegebenen Gelder in unserer Stadt verbleiben.

Als Referent haben wir mit Utz Kowalewski den Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE+ im Rat der Stadt Dortmund eingeladen. In Dortmund bildet DIE LINKE in der aktuellen Wahlperiode eine Fraktionsgemeinschaft mit der Piratenpartei und der Tierschutzpartei. Seit Jahren sind die Genoss:innen in Dortmund schon erfolgreich mit linker Kommunalpolitik, was u.a. dem geschuldet ist, dass im großen Dortmund die Uhren etwas anders ticken als bei uns im beschaulichen Bergkamen. So hat die Dortmunder Fraktion sich in den vergangenen Jahren ein großes Fachwissen in den unterschiedlichsten Themen aufgebaut, von dem wir gerne partizipieren wollen.

So berichtete Utz Kowalewski zum Beispiel von dem Vorhaben der Stadt Dortmund, die Sicherheitskräfte, die in den U-Bahnhöfen und U-Bahnen eingesetzt werden, sowie die Reinigung der öffentlichen Gebäude zurück in die kommunale Trägerschaft überführt werden soll.

## Stadtbetriebe Unna außerhalb des städtischen Haushalts erhalten!

von Petra Weber

Seit vielen Jahren kämpfen wir LINKE. auch in Unna für kommunale Eigenbetriebe. Es lässt sich sicherlich auch darüber diskutieren, ob ein städtischer Eigenbetrieb als kommunal angesehen werden kann oder ob der Eigentrieb – um als kommunal angesehen zu werden – Teil des kommunalen Haushaltes sein muss.

In den vergangenen Jahren haben wir die Stadtbetriebe Unna im Betriebsausschuss sicherlich nicht übermäßig schön geredet und haben auch die kalkulatorischen Kosten bei den Abwassergebühren regelmäßig kritisiert. Dennoch sind die Stadtbetriebe in ihrer jetzigen Form in Ihrer Arbeit gut aufgestellt und machen dementsprechend auch gute Arbeit, was aus unserer Sicht für den Erhalt des städtischen Eigenbetriebs Stadtbetriebe Unna spricht.

Aber die Stadtbetriebe waren – wie in vielen Kommunen des Kreises Unna – stark durch und mit SPD'ler besetzt und

Diese haben wir bekannterweise in deutlich geringen Maßen (Umfang: vier Stellen) in der vergangenen Haushaltsberatung beantragt. DIE LINKE fordert dies bereits seit einigen Jahren und musste bis zur aktuellen Wahlperiode warten, bis dies nun endlich realisiert werden konnte. Es zeigt sich: Linke Kommunalpolitik ist notwendig und wichtig, braucht aber entsprechend Zeit!

Des Weiteren erzählte Utz Kowalewski, mit Blick auf unsere Steinwüste in der Stadtmitte, dass es durchaus kommunale Handhabe und Werkzeug gibt, um Bodenspekulationen vorzubeugen, bzw. zu vermeiden. Diese wurde bereits in einigen Dortmunder Wohngebieten nicht nur angewandt, sondern auch erfolgreich umgesetzt.

Wir sehen Dortmund anhand der Erfolge unserer Genoss:innen als Vorbild und werden versuchen, diese in angepasster



Art und Weise auch in Bergkamen auf den Weg zu bringen. Insgesamt haben wir aus dieser Klausurtagung einiges mitgenommen und konnten aus der Arbeit erfahrener Genoss:innen viel lernen. Wir werden weiterhin hartnäckig und zäh bleiben und wünschen unseren Unterstützer:innen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

# DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE.  
im Rat der Stadt Bergkamen

### Fraktionsgeschäftsführer:in (m/w/d) gesucht!

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bergkamen sucht ab dem 01.01.2023 für die Dauer der 12. Wahlperiode des Rates eine:n Fraktionsgeschäftsführer:in (m/w/d) in Teilzeit (7 Std./Woche). Die Stelle ist zunächst bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2025 befristet.

Die Fraktion DIE LINKE. setzt sich in Bergkamen für eine soziale und ökologische Kommunalpolitik ein. Seit 2020 sind wir mit 2 Ratsmitgliedern im Rat der Stadt vertreten. Die Fraktion wird ergänzt durch derzeit vier sachkundige Bürger:innen. Insbesondere die sozialen Belange im Sinne der wirtschaftlich Schwachen stehen für uns in der ehemaligen Bergbaustadt, die vom Strukturwandel gezeichnet ist, im Vordergrund. Gleichzeitig suchen wir Lösungen, um Sozialpolitik und eine ökologische Kommunalpolitik zu verbinden.

### Deine Aufgaben:

- Büroorganisation, Postbearbeitung, E-Mail-Bearbeitung und Terminplanung
- Anbieten und Durchführen von Sprechstunden
- Vor- und Nachbereitung von Fraktionsitzungen, inklusive Protokollführung
- Fachliche Beratung und Betreuung der Ausschussmitglieder, Informationsbeschaffung und -Weiterleitung
- Recherchearbeit zu Fachthemen
- Organisation von Veranstaltungen der Fraktion
- Verfassen von Anträgen und Anfragen für den Rat und die Ausschüsse sowie deren fristgerechte Einreichung beim Bürgermeister oder den dafür zuständigen Stellen
- Kommunikation mit der Stadtverwaltung, den städtischen Eigenbetrieben und den nahestehenden außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen
- Kommunikation mit den anderen Ratsfraktionen, mit dem Orts- und Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und mit anderen Linksfraktionen
- Teilnahme an Sitzungen des Fraktionsvorstandes und deren inhaltliche Vor- und Nachbereitung inklusive Protokollführung
- Führen des Fraktionskontos sowie Rechenschaftsablegung vor der Gesamtfraktion
- Finanzplanung und Überwachung der Fraktionsfinanzen

### Das bringst du mit:

- Identifikation mit Linker Politik / politische Nähe zur Partei DIE LINKE
- Kenntnis über das soziale und ökologische Profil der Partei DIE LINKE
- Grundkenntnis über die Strukturen der Kommunalpolitik in NRW und Willen zur Vertiefung dieser Kenntnis und die Einarbeitung in kommunale Verwaltungsstrukturen
- Bereitschaft, sich in Themen einzuarbeiten und diese für die Fraktion aufzuarbeiten
- Bereitschaft, mit anderen zusammenzuarbeiten
- Gutes Kommunikationsverhalten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Abendterminen
- Sicherem Umgang mit dem PC und allen gängigen Softwareprogrammen (insbesondere Word, Excel und PDF-Readern)
- Sehr gute Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift

### Wir bieten:

- Selbstgewählte, flexible Arbeitszeiten in der Zeit von Montag bis Freitag
- Eine selbstständige Arbeitszeitgestaltung unter Berücksichtigung der Fraktionstermine
- Möglichkeit zur Arbeit im Home-Office
- Tarifliche Bezahlung (TVÖD) und sechs Wochen Jahresurlaub
- Eventuelle Zusatzleistungen
- Eine Einarbeitungszeit von circa vier Wochen mit Unterstützung des aktuellen Fraktionsgeschäftsführers.

Unser bisheriger Fraktionsgeschäftsführer kann den Job leider nicht weiter ausführen, sodass wir dringend eine neue, engagierte Fraktionsgeschäftsführung brauchen. Das Arbeitsverhältnis inklusive Einarbeitungszeit sollte spätestens ab dem 01.01.2023 erfolgen.

Bitte sende uns Deine Bewerbungsunterlagen bis zum 01.12.2022 als PDF-Datei ausschließlich per E-Mail an [fraktion-dielinke@bergkamen.de](mailto:fraktion-dielinke@bergkamen.de). Diese Adresse kannst du auch für Rückfragen und weitere Mitteilungen benutzen. Gib bitte unbedingt das Wort „Bewerbung“ als Betreff an.

Bitte sende uns eine Bewerbung, die ausschließlich deinen Namen, deinen Lebenslauf und ein kleines Motivationsschreiben enthält. Angaben zu Alter, Geschlechts(identität), kultureller und sozialer Herkunft sind für uns nicht wichtig. Am besten lernen wir dich im persönlichen Gespräch kennen. Die Stellenausschreibung richtet sich ausdrücklich auch an Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderung und Menschen in Erwerbslosigkeit.

**Reicher Mann und armer Mann  
standen da und sah'n sich an.  
Und der arme sagte bleich,  
wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.**

Bert Brecht 1934





# Armut- und Sozialbericht für Schwerte



Von Peter Weyers

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe des LinksRutsch berichtet haben, wurde unser Antrag, die Verwaltung möge einen Armuts- und Sozialbericht für Schwerte erstellen und diesen regelmäßig fortzuschreiben, im Mai 2022 im Sozialausschuss gebilligt. Es wurde beschlossen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden, welche die Funktionen und die Ziele dieses Berichtes definieren sollte.

Allerdings gab es Bestrebungen, die Partei „Die Linke“ von der Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe auszuschließen, obwohl wir die Impulsgeber waren. Offensichtlich kamen diese Bestrebungen aus den Reihen der FDP und der CDU.

Erst nachdem ich dagegen stark interveniert hatte, indem ich mehrere Gespräche, u. a. mit dem Bürgermeister führte, erklärten sich FDP und CDU dazu bereit, meiner Teilnahme an der Arbeitsgruppe zuzustimmen, wobei die CDU dies noch an eine Bedingung knüpfte: Ein Vertreter einer anderen Partei solle auf seinen Platz in der Arbeitsgruppe verzichten, damit ein Vertreter von „Die Linke“ teilnehmen könne. Letztlich hat Johanna Hepp, die Sprecherin der Grünen in Schwerte auf Ihren Platz verzichtet. Dafür möchte ich mich hier noch einmal bedanken.

Die Vorgehensweise der CDU möchte ich dagegen als demokratiefeindlich kri-

tisieren. Insbesondere dann, wenn sich Schwerte als „MitmachStadt“ bezeichnet.

Die ersten beiden Treffen waren sehr konstruktiv und wir konnten uns darauf einigen, dass auf jeden Fall ganz Schwerte Grundlage des Berichtes sein soll und nicht nur ausgewählte Stadtteile. Weiterhin wurde vereinbart, dass der Bericht dezidiert auf Sozialraumbasis erstellt werden soll, wobei ein Sozialraum auch deutlich von Stadtteilgrenzen abweichen kann.

Außerdem wurde beschlossen, die evangelische Fachhochschule in Bochum zu kontaktieren wo Projektarbeiten für definierte Forschungsaufträge vergeben wurden. Hier haben wir uns mit einem formulierten Forschungsauftrag und einer Präsentation darum beworben, dass Studierende und Professoren der TH uns im Rahmen einer Projektarbeit unterstützen, um deren Expertise zu nutzen und die Kosten für die Erstellung des Berichtes möglichst niedrig zu halten.

Zu unserem großen Bedauern kam unsere Bewerbung nicht zum Zuge, weil die Studierenden der TH Bochum andere inhaltliche Schwerpunkte haben, als dies in unserem Projekt gefordert worden wäre.

Im Sozialausschuss am 17.11.2022 wurde dieses Ergebnis vorgestellt. Mit diesem Ergebnis wird die Arbeitsgruppe



jetzt weiterarbeiten und versuchen, andere Universitäten oder Fachhochschulen für unser Thema zu begeistern.

Was auf keinen Fall passieren darf, ist das dieses Thema wegen dieses Rückschlages jetzt nicht mehr verfolgt wird.

## Tafelfest der „Linken“

Von Peter Weyers

Am 25.09.2022 hat der Kreisverband Unna unserer Partei ein Sommerfest für die Tafel in Schwerte veranstaltet. Alle Erlöse sollte die Tafel in Schwerte erhalten.

Dieses Fest war ein voller Erfolg. Der Wettergott spielte mit und das Rahmenprogramm konnte sich sehen lassen. Der Westhofener Johannes Diehl spielte mit seiner Band „Zornige alte Männer“ Songs aus der neuen CD „Wird schon geh'n“ und sorgte beim Publikum für gute Stimmung obwohl die besungenen Themen teilweise auch geeignet gewesen wären, die eigene Depression zu pflegen, wie zum Beispiel das letzte Lied des ersten Sets: „Und es ist Krieg“. Das war mit so viel Zorn vorge-

tragen, dass es dem Bandnamen zur Ehre gereichte. Angeheizt hatte die Stimmung Lasse Willnat, der allein mit seiner Akustikgitarre Pop-Songs für Jung und Alt servierte und bei „Hey Jude“ das Publikum erfolgreich zum Mitsingen und Klatschen



animiert hat. Die Tafel in Schwerte hat in der Stadt einen großen Rückhalt und so konnten wir einige Sponsoren gewinnen:

Die Metzgerei Kleiner, die Bäckerei Becker, Getränke Althoff und die Extrawurst haben mit Ihren Spenden dafür ge-



sorgt, dass zusammen mit dem Verkauf von selbstgemachten Salaten und Kuchen ein wirklich guter Erlös in Höhe von 764 Euro für die Tafel in Schwerte zusammenkam.

Ausdrücklich eingeladen waren auch die Kunden der Tafel. Mit ein wenig Glück konnten sie ein „aufgeschobenes“ Würstchen, ein Stück Kuchen oder ein Getränk bekommen.

Für die Kunden der Tafel galten ansonsten stark ermäßigte Preise.

Bernd Schumacher, aka „Woodkatter“ hat den Boule-Wettbewerb betreut, deren Sieger eine kleine Trophäe in Form eines Boules-Spielers erhielten.

Der Verein für soziale Integrationshilfen (VSI) brachte eine, während der ganzen Veranstaltung, gut frequentierte Hüpfburg und Freunde vom VFB Westhofen halfen beim Auf- und Abbau mit. Zum Gelingen dieses Festes haben also viele Hände beigetragen, sodass die Motivation groß ist, auch im nächsten Jahr ein Fest für die Tafel in Schwerte zu veranstalten.





## Situation der Tafel in Schwerte

Von Peter Weyers

Allein die Existenz von Tafeln ist ein Skandal. Aber ohne die Tafeln, ohne die vielen Spender von Lebensmitteln und Geld, ohne die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter, wäre die Not vieler Menschen noch größer. Deshalb hat die „Die Linke“ am 27.09.2022 am Wuckenhof ein Sommerfest zugunsten der Tafel in Schwerte veranstaltet. Am Montag haben Vertreter des Stadtverbandes von „Die Linke“ den Erlös dieses Festes der Tafel übergeben. Peter Höck, der Leiter der Tafel in Schwerte, freute sich über 764 Euro. „Die können wir gerade jetzt gut gebrauchen!“, bedankte er sich bei den Über-

Tafeln in Dortmund und Schwerte war, nicht wie geplant ein Globus-Markt tritt, sondern vermutlich erst mal kein Lebensmitteleinzelhandel dort stattfinden wird. Dies bedeutet, dass zumindest mittelfristig die Lebensmittelspenden des Real-Marktes nicht zu ersetzen sein werden. Diese Einbuße an Spenden sorgt zusammen mit der deutlich gestiegenen Zahl an Tafel-Kunden dafür, dass die Ausgabe von Lebensmitteln auch in den kommenden Monaten nur 14-tägig erfolgen kann. Trotzdem sei die Stimmung bei den Tafelkunden immer noch gut, was aber auch daran liege, das man die Wartezeit in den Schlangen auch dazu nutze, mit den Men-

schenschen zu sprechen und sozialpädagogische und psychologische Betreuung anbietet. Auch die gestiegenen Treibstoff- und Energiekosten machen zu schaffen. So müssen drei Lieferwagen, die täglich unterwegs

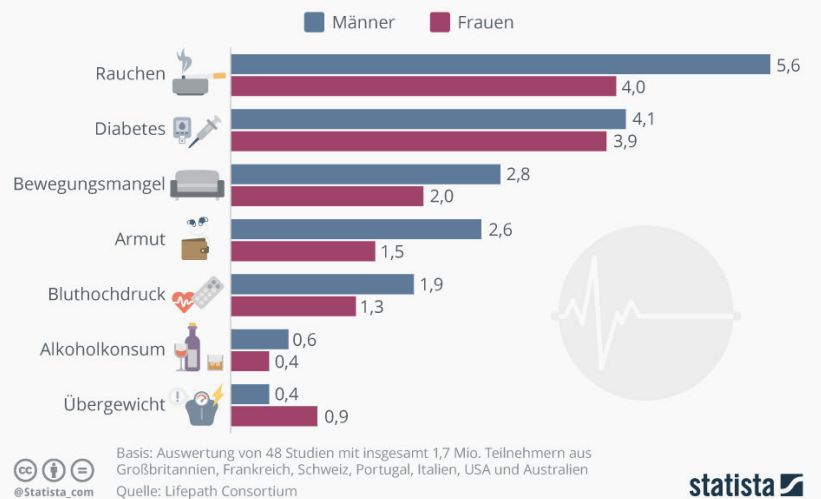


bringern Karl-Heinz Schimpf und Peter Weyers. Peter Höck berichtete, dass anstelle des geschlossenen Real-Marktes in Aplerbeck, der ein Großsponsor der

sind, um Lebensmittelspenden abzuholen, betankt werden. Da das Gebäude der Tafel mit Gas geheizt und in der Küche ebenfalls mit Gas gekocht wird, sind die

### Armut ist gefährlicher als Adipositas oder Bluthochdruck

Verkürzung der Lebensdauer abhängig von folgenden Faktoren (in Jahren)



Kosten hier, wie überall stark gestiegen.

Grundsätzlich ist Peter Höck glücklich darüber, dass die Tafel sich im Herzen Schwertes befindet und die Ausgabe nicht in einer Lagerhalle am Stadtrand stattfinden muss, auch wenn für das Gebäude Miete zu zahlen ist und Unterhaltskosten aufgebracht werden müssen. Hierdurch kann die Tafel an jedem Wochentag Angebote wie Frühstück und Mittagstisch machen und so dabei helfen, dass auch eine soziale Interaktion in

den Räumen der Tafel stattfinden kann. Außerdem finden viele Menschen in den Räumen der Tafel Arbeit, wie in der Küche, in der Hauswirtschaft und im Bereich der psychologischen Betreuung. Damit leistet die Tafel in Schwerte einen nicht zu unterschätzenden Betrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das zum großen Teil durch ehrenamtliche Mitarbeiter.

## Sparkassenstandorte erhalten

Von Gabi Weck

Ständig liest man über die Sprengung von Geldautomaten. Daher erscheint es auf den ersten Blick verständlich, wenn die Sparkassen – um Gefahren für unbeteiligte Dritte abzuwenden – immer mehr Automatenstandorte schließen. Doch ist das wirklich so?

Würden wir es auch als selbstverständlich hinnehmen, wenn im ÖPNV wegen der ständigen Zunahme des Verkehrs und der damit erhöhten Unfallgefahr Busse demnächst nur noch auf verkehrsarmen Straßen und somit weitestgehend außerhalb der Innenstädte eingesetzt würden?

Dass die Schließung der Automatenstandorte nicht alternativlos ist, haben andere Geldinstitute bereits bewiesen. So hat die Sparkasse Mülheim zwei neue,

separat stehende, weitgehend sprengsichere Betonkuben mit Geldautomaten mit zusätzlicher Sicherung des Bargeldes durch Tintenpatronen aufgestellt. Sicher fielen den Verantwortlichen noch weitere kreative Lösungen ein – wenn sie denn daran interessiert wären.

### Stärkung des Onlinebanking als Ziel?

Doch die Aufgabe der Automatenstandorte ist nicht nur mit Kosteneinsparungen verbunden, sondern bestärkt gleichzeitig die Bemühungen um eine rigorose Einschränkung des Bargeldverkehrs zugunsten des Onlinebankings. Der Verweis auf die Möglichkeit, bei Discountern Geld abzuheben, geht fehl, da man dort – je nach Anbieter – für 60 € einkau-

fen muss, um 410 € abheben zu können. Zudem sind dort natürlich keine Überweisungen oder Auszugsdrucke möglich.

Nicht nur bei vielen Einzelhändlern und Gaststätten, sondern auch bei Veranstaltungen, bei denen Vereine mit Ständen vertreten sind, ist Barzahlung unerlässlich. Und auch der Zuschuss zum Taschengeld der Enkel beim sonntäglichen Besuch lässt sich schlecht durch eine Banküberweisung ersetzen oder per Karte abwickeln.

Gleich zweifach könnte der örtliche Einzelhandel betroffen sein: So, könnten Kunden zu Discountern wechseln, die Kartenzahlung ermöglichen. Und der Abbau der Automaten würde gleichzeitig die Möglichkeit beseitigen, wie bisher ortsnah die Tageseinnahmen einzuzahlen.

### Unterschriftensammlung zum Erhalt der Standorte

Ich höre immer wieder, dass es vergeblich sei, sich gegen die „unauffaltbare Entwicklung im Bankensektor“ aufzulehnen. Diese Argumente habe ich bereits vor ca. 3 Jahren gehört, wo meine Unterschriftenaktion letztlich zum Erhalt des Standorts Westhofen geführt hat. Auch jetzt geht es mir vorrangig um diesen Standort, da das Mietverhältnis für das Gebäude vom Vermieter gekündigt wurde. Hier muss gewährleistet sein, dass zeitnah ein adäquater Ersatzstandort geschaffen wird.



Aber es ist klar, dass alle Standorte zur Disposition stehen. Während meiner derzeitigen Unterschriftensammlung habe ich erlebt, dass Personen aus allen sozialen Schichten und Altersgruppen meine Aktion begrüßen und unterstützen. Dies belegen auch die inzwischen rund 2.000 Unterschriften. Und ich würde mich freuen, wenn weitere Unterzeichner hinzukämen, um die Sparkasse nachdrücklich an ihre im Sparkassengesetz verankerte Verpflichtung zu erinnern.

Zudem fände ich es toll, wenn an anderen bedrohten Standorten in Schwerte oder Dortmund ebenfalls solche Aktionen gestartet würden.

### Erhalt aller Sparkassenfilialen in Schwerte

Die Linke in Schwerte unterstützt die Forderung zum Erhalt der Sparkassenfilialen in unserer Stadt. Die Sparkassen sind ein öffentliches Unternehmen und haben die zentrale Funktion, für die Bevölkerung eine Finanzinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.





## Buchtipps

Von Peter Weyers

Mojib Latif, in Hamburg geborener Sohn pakistanischer Eltern hat mit seinem neuen Buch „Countdown“ einen Thriller vorgelegt, der leider nicht fiktiv ist, weil die Klimakrise schon heute weltweit den Alltag vieler Menschen bestimmt und unzählbare Todesopfer fordert.

Auch in Deutschland waren in den letzten Jahren viele Menschen von Waldbränden, Flutkatastrophen und Hitzewellen betroffen.

Maßnahmen gegen die Klimakrise müssen gegen die weltweite Lobby der Wirtschafts- und Finanzunternehmen durchgesetzt werden. Für diese Durchsetzung müssen wir alle kämpfen und den Druck auf diese Lobby hochhalten.

„Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wachstum geben. Wir brauchen Mut zum Aufbruch, Mut zum Scheitern.“

Mojib Latif legt hier keine leichte Kost vor, sondern serviert uns die bittere Wahrheit in allen Einzelheiten.



Mojib Latif. Countdown: Unsere Zeit läuft ab – was wir der Klimakatastrophe noch entgegensetzen können. 1. Auflage, Freiburg: Herder-Verlag, 2022. ISBN 978-3451392719

## Letzte Worte zum Abschied unseres Genossen Axel Weber

Friedhelm Schaumann

Im Namen des Kreisvorstandes der Linken möchten wir unser Beileid der Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Unna aussprechen!

Axel Weber war seit mehr als 10 Jahren aktives Mitglied der Partei. Er hat der Partei als Kreisschatzmeister in einigen Jahren seit 2015 zur Verfügung gestanden und war im Ortsverein Unna-Fröndenberg-Holzwickede kommunalpolitisch aktiv.

In seiner Funktion als Kreisschatzmeister hat er uns manchmal aus unseren „aktivistischen Blütenträumen“ her-

ausgerissen und uns auf den Boden der finanziellen Möglichkeiten zurückgeholt!

Axel war für uns stets ein Ansprechpartner und Ratgeber. Auch in der Zeit seiner schweren Krankheit hat er sich für unsere Politik interessiert und gemeinsam mit seiner Frau Petra Anstöße und Ideen für politische Aktionen im Kreis und im Ortsverband gegeben.

Sein besonderes Interesse galt der Bildungspolitik, für die er sich insbesondere in der kommunalpolitischen Arbeit engagiert hat.

Wir verlieren mit Axel Weber einen aktiven Mitstreiter und Freund!

## Gründung des Ortsverbands DIE LINKE Lünen-Brambauer

Wer die öffentliche Darstellung der Partei DIE LINKE betrachtet, dürfte meinen, dass es um die Zukunft der Partei schlecht bestellt und der Weg in die Bedeutungslosigkeit unausweichlich sei.

Nach den bitteren Rückschlägen bei der Landtags- und Bundestagswahl, den parteiinternen Streitereien und der medialen Darstellung als realitätsferne Russlandfreunde ist auch die Verärgerung in den Reihen der Parteimitglieder groß. Die Reaktion der Genossinnen und Genossen ist allerdings nicht die Resignation und Aufgabe der politischen Arbeit. Eine Gruppe motivierter Parteimitglieder hat den Weg einer Neugründung eines Ortsverbands für Lünen und Brambauer gewählt.

Dass eine starke linke Partei gebraucht wird, ist angesichts der extremen Steigerungsraten bei Energie- und Lebenshaltungskosten, der Untätigkeit in der Klimapolitik und eines nicht zukunftsfähigen sowie ökologisch, ökonomisch

und sozial zerstörerischen Wirtschaftssystem selbstverständlich.

Durch die Neugründung des OV Lünen-Brambauer hoffen die aktiven Genossinnen und Genossen auf kommunaler Ebene Menschen für soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragestellungen zu sensibilisieren, Lösungen im Kleinen zu erarbeiten und auf globale Veränderungen zu drängen.

Jedoch ist die Vielzahl an Aufgaben mit unserer kleinen Gruppe kaum zu bewältigen. Deswegen suchen wir dringend weitere Mitglieder, Freunde und Genossen, um gemeinsam Ansprechpartner zu sein, Projekte anzustoßen und Veränderungen herbeizuführen.

Wenn auch du Interesse an der Unterstützung unserer Arbeit haben solltest, Fragen oder Anregungen hast oder an einem konstruktiven Austausch interessiert bist, kannst du uns gerne persönlich oder per Mail kontaktieren.

Mail: ov-luenen@dielinke-kreis-unna.de



### Gedenkveranstaltung zum 09. November 1938

Stefan Nikodem

Mit einer Kranzniederlegung am Standort der ehemaligen Synagoge an der Stadtorstraße gedachte der Ortsverein Lünen-Brambauer den Opfern der

Reichspogromnacht am 09. Nov. 1938.

Vorausgegangen waren bemerkenswerte musikalische, lyrische und visuelle Beiträge von Schüler:innen und Mitbürger:innen am Mahnmahl an der Lippebrücke.

Weniger bemerkenswert hingegen war die Eröffnungsrede von Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns. In dieser verband er, ahistorisch, die Schrecken des Naziterrors mit dem Ukraine Konflikt und setzte das „Z“-Symbol mit dem Hakenkreuz gleich.

Insgesamt bot die Gedenkveranstaltung mit nahezu hundert Teilnehmer:innen aller Altersgruppen einen inhaltvollen Rahmen und zeigte klar auf, dass die Erinnerung zugleich Mahnung für die Zukunft ist und bleibt.

## Gewalt gegen Frauen

Es gibt zu wenige Plätze für gewaltbetroffene Frauen in Frauenhäusern. Auf Termine für Beratungsgespräche muss oft wochenlang gewartet werden.

Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, die Stadt Schwerte möge sich dafür einsetzen, dass in NRW mehr Plätze in Frauenhäusern geschaffen werden und die Istanbul-Konvention endlich erfüllt wird. Die Istanbul-Konvention hat in Deutschland Gesetzesrang und fordert pro 10.000 Einwohner in einer Region einen Platz in einem Frauenhaus. Weder im Kreis Unna noch in NRW wird dieser Schlüssel erfüllt.

Im Mai 2022 wurde dieser Antrag im Sozialausschuss besprochen. Beschlossen wurde, einen runden Tisch ins Leben zu rufen, der sich mit dem Thema „Häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen“ in Schwerte beschäftigt.

Obwohl schon sechs Monate seither vergangen sind, ist dieser runde Tisch bisher nicht zustande gekommen, weshalb wir im Sozialausschuss am 17.11.2022

noch einmal die Umsetzung dieses Beschlusses angemahnt haben.

Von Seiten der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass zur Bildung dieses runden Tisches bereits stattgefunden hätten und man noch auf Rückmeldung der angesprochenen Personen und Organisationen warte.

**STOPPT  
GEWALT  
AN  
FRAUEN!\***  
FÜR EIN  
SELBSTBESTIMMTES  
LEBEN!



Wir finden, dieses Thema darf nicht auf „die lange Bank“ geschoben werden. Deshalb werden wir hier bis zur Konstituierung des runden Tisches immer weiter insistieren.

### Nachruf

DIE LINKE im Kreis Unna trauert um den Genossen

## Axel Weber

Axel Weber ist seit mehr als einem Jahrzehnt Mitglied der Partei DIE LINKE. Lange Jahre war Axel Weber Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN im Kreis Unna und Schatzmeister der Partei. Er war Kandidat unserer Partei bei den Kommunalwahlen in Unna.

Wir verlieren einen Freund und politischen Weggefährten, der uns in der zukünftigen politischen Arbeit schmerzlich fehlen wird. Wir werden ihn stets mit Dank, Respekt und Achtung in Erinnerung behalten.

**Jana Bornemann**  
Sprecherin des  
Kreisverbandes

**Friedhelm Schaumann**  
Sprecher des  
Kreisverbandes

**Karl-Heinz Schimpf**  
Kreisschatzmeister

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna